

## **Pressemitteilung**

### **Reduzierung der Schulbesuchskosten ab September**

### **In den Sekundarschulen entfallen künftig die Kosten für Kopien, Tagebücher und Diplomausstellung**

**Ab dem kommenden Schuljahr wird die Regierung die Schulbesuchskosten für die Sekundarschüler senken, um ostbelgische Familien finanziell zu entlasten. Dazu führt sie jährliche Subventionen in Höhe von 100 Euro pro Sekundarschüler ein und hält dekretal fest, dass die Schulen den Eltern für verteilte Kopien, das Tagebuch und die Diplomausstellung keine Kosten mehr in Rechnung stellen dürfen. Das teilt die zuständige Ministerin Lydia Klinkenberg in einer Pressemitteilung mit.**

„Die Reduzierung der Schulbesuchskosten für die Erziehungsberechtigten ist seit vielen Jahren ein wichtiges Ziel der Regierung, um die Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Ab September regeln wir daher per Dekret, was die Sekundarschulen den Eltern nicht mehr in Rechnung stellen dürfen und stellen den Schulen eine indexierte Subvention von 100 Euro pro Jahr und pro Schüler zur Verfügung. Diese zusätzlichen 100 Euro dienen dazu, die Kosten für Kopien, Tagebücher und Diplome zu decken, die die Schulen den Erziehungsberechtigten nicht mehr in Rechnung stellen dürfen. Die Laptops, die wir kostenlos zur Verfügung stellen, tragen schon jetzt dazu bei, die Kosten für die Erziehungsberechtigten zu reduzieren und erhöhen die Chancengleichheit für unsere Schülerinnen und Schüler“, erläutert die Bildungsministerin Lydia Klinkenberg.

Eine Ende 2020 durchgeführte Befragung aller Sekundarschulen hat die Verwaltungskosten – unabhängig von Jahrgang und Studienrichtung – als größten Kostenfaktor in den Sekundarschulen ermittelt. Damit gemeint sind die Kosten für die Kopien, die an die Schüler verteilt werden, die Unkosten für das Tagebuch und die Kosten für die Diplomausstellung.

Die Grundschulen erhalten bereits seit 2014 finanzielle Mittel zur Reduzierung der Schulbesuchskosten. Der Bund der Familien bescheinigte der Regierung in einer Analyse aus dem Jahr 2017, dass diese Maßnahme erfolgreich war.

Die künftigen Maßnahmen zur Reduzierung der Schulbesuchskosten im Sekundarschulwesen sollen auf Vorschlag der Regierung per Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen im Juni 2023 durch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet werden und ab September 2023 greifen.

**Pressekontakt:**

Bastin Rebecca

[rebecca.bastin@dgov.be](mailto:rebecca.bastin@dgov.be)

+32 87 / 596 471

**Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Kabinettt Ministerin Klinkenberg

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

[www.lydiaklinkenberg.be](http://www.lydiaklinkenberg.be)